

Verlag: Kunze & Co. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei G. H. Ulrich & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei J. Streifand, in Merseburg bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Verlag: Kunze & Co. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Danne & Co., Hasenhein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 437.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 24. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

### Amtliches.

**Berlin, 23. Juni.** Der König hat den Ober-Regierungs-Rath Pfahl aus Schleswig zum Geheimen Finanz-Rath mit dem Range eines Rathes dritter Klasse und zum Dirigenten der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin, sowie den Gerichtsassessor Kloer zum Staatsanwalt ernannt.

An der Wöblerschule (Realgymnasium) zu Frankfurt a. Main sind die ordentlichen Lehrer Dr. Delsner, Schlimbach, Dr. Valentin, Dr. Gohburg, Dr. Weber, Dr. Schneider, Marx, Dr. Richters und Dr. Wolff zu Oberlehrern befördert worden.

Der praktische Arzt Dr. Pabbert ist mit Belassung des Wohnsitzes in Gemünd zum Kreis-Wundarzt des Kreises Schleiden ernannt worden.

Der Rechtsanwalt Goldmann zu Danzig ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Danzig, und der Rechtsanwalt Kabath zu Br. Eylau vom 1. Juli d. J. ab zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Königsberg i. P. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Mehlaufen ernannt worden.

### Politische Uebersicht.

Posen, 24. Juni.

Die „Germ.“, welche wieder auf die Ungleichmäßigkeit in der Handhabung des Sperrgesetzes zurückkommt, bemerkt darüber:

Zweifellos würde die Regierung an den staatlichen Akt, welcher die Bischöfe in ihr Amt wieder einsetzt, dieselben Konsequenzen knüpfen, welche die Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhles in der Form des § 4 des Sperrgesetzes, sowie die Besetzung des Freiburger Stuhles und des Glazer Großdekanats nach sich gezogen haben. Dann träte also der eigenthümliche Fall ein, daß z. B. für Münster, dessen Bischof von der Absetzung ercilt wurde, die Staatsleistungen wieder aufgenommen würden, während in Hildesheim, dessen Bischof nicht in diesen schärfsten Konflikt mit dem Staate gerathen ist, die Staatsleistungen gesperrt blieben. Wir wissen freilich, daß alle Bischöfe ganz denselben Standpunkt einnehmen; aber nach staatlichen Anschauungen müßten doch die nicht abgesetzten Bischöfe und ihre Diözesen eher vorgezogen, als zurückgesetzt werden. Es träte also vom Standpunkte der Regierung aus eine vollständige Umkehrung der Gerechtigkeitserhältnisse ein.

Dagegen wird sich in der That wenig einwenden lassen. Sehr bezeichnend für die Stellung, welche der Klerikalismus jetzt bei uns einnehmen glaubt, ist es aber, daß die „Germ.“ ihren Artikel wie folgt schließt:

Daraus ergibt sich, daß spätestens bei der Ausführung des Artikels 2 des neuen Gesetzes von der Vollmacht der Aufhebung der Sperre ein umfassender Gebrauch gemacht werden muß. Wenn dieser Zeitpunkt noch vor den Landtagswahlen eintritt, so ist das keineswegs ein Nachtheil für die Regierung.

Einen sehr geistreichen, fast zu geistreichen Artikel über die letzte, „bedeutendste“ Rede des Reichskanzlers im Reichstage schließt der bekannte Verfasser der „Polit. Briefe“ der „Grenzboten“ also:

„Der Kanzler hat das Vertrauen zu den deutschen Dynastien ausgesprochen, daß sie uns über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich durch den Marasmus der Fraktionskrankheit ausgesetzt werden könnte. Er hat uns nicht gefragt, worin er den Höhepunkt der Gefahr erblickt und wie er sich die Rettung denkt; aber vor seinem inneren Auge wird das eine so klar stehen wie das andere.“

Dagegen kommt ein Artikel der Augsburger „Allg. Ztg.“, der sich mit demselben Thema beschäftigt, zu dem folgenden allgemein verständlichen Ergebnis:

„Es bleibt dem Reichskanzler ein doppelter Ausweg offen: entweder er will in Gemeinschaft mit dem Reichstag seine Pläne realisiren, dann läßt er auf und erlasse ein verständliches umfassendes Programm der lebenswichtigen Reformen, auf welches die Wähler mit Ja und Nein zu antworten haben; oder...“

In dem soeben ausgegebenen Heft 24 der „Volkswirtschaftlichen Zeitfragen“ behandelt Dr. Arth. von Studnitz „Unsere Binnenschiffahrt“. Es werden Viele überrascht sein, aus dem statistischen Theile dieser Schrift zu erfahren, welche ungemein große Bedeutung dieser wichtige Zweig unseres öffentlichen Verkehrslebens schon gewonnen hat. Der Verfasser bespricht u. A. auch den Einfluß der neuen Wirtschaftskräfte (Eisenbahn- und Zoll-) Politik auf die Binnenschiffahrt, die im Wasserverkehr gemachten technischen Fortschritte, dessen Organisation und die verschiedenen Bestrebungen zur Hebung der Binnenschiffahrt. Durch seine Mitarbeit an dem Zentralorgan derselben, dem „Schiff“, war der Verfasser besser als Jemand sonst in der Lage, den gegenwärtigen Stand des Wasserverkehrs richtig und vollständig darzulegen.

Dem am letzten Sonntag (18. Juni) in Dresden abgehaltenen Parteitag der Liberalen in Sachsen ist, wie bereits berichtet, eine Versammlung von Vertrauensmännern gefolgt, in welcher die Einsetzung eines Ausschusses beschloffen wurde, der zu gleichen Theilen aus Mitgliedern der Nationalliberalen, der liberalen Vereinigung, welche sich zu diesem Zwecke konstituirte und der Fortschrittspartei in Sachsen bestehen soll. Die Aufgabe des Ausschusses ist lediglich die, das Zusammenwirken aller Liberalen zur Vorbereitung künftiger Wahlen zu sichern. Dieser Beschluß ist das Ergebnis langer Verhandlungen, welche zwischen den Dresdener Mitgliedern dieser Parteien geführt worden sind. Wenn demnach jetzt von Leipzig aus Klage

darüber geführt wird, die Berliner Führer der „Sezessionisten“ hätten die Erwartung getäuscht, man werde den dormaligen Führer der sächsischen Nationalliberalen, den Reichstagsabgeordneten Dr. Stephani, „durch ein einziges Wort der Verständigung darüber vergewissern, daß man nicht hinter ihrem Rücken eine neue Parteibildung scheinbar zu Stande bringen wolle, so ist zu konstatiren, daß die Herren Rickert, Mommsen, v. Bunsen und Bamberger einer von Dresden aus ergangenen Einladung gefolgt sind, und daß selbstverständlich die Verständigung mit den sächsischen Gesinnungsgenossen Sache der Dresdener Vertrauensmänner war. Von einem überraschenden Vorgehen hinter dem Rücken des Einen oder Andern kann demnach keine Rede sein. Ob Herr Dr. Schubert, welcher namens der Nationalliberalen Sachsens die Verhandlungen führte, nicht das Recht hatte, als Vertrauensmann der Nationalliberalen in Sachsen aufzutreten, wie in einer Leipziger Mittheilung der „Magdeb. Ztg.“ vom 21. Juni behauptet wird, haben wir demnach nicht zu untersuchen.

In der Sitzung der französischen Deputirtenkammer vom 22. d. hat Kasimir Périer seine zuvor angekündigte Interpellation in Bezug auf die ägyptischen Angelegenheiten gestellt. Er verlangte vor Allem Aufklärung über die Lage Frankreichs, wann die Botschafter-Konferenz in Konstantinopel fehlschläge. Hierauf gab Herr von Freycinet, der Minister des Auswärtigen, einem der „Voss. Ztg.“ am 22. d. Abends zugegangenen Privat-Telegramm aus Paris zufolge folgende Erklärung ab:

„Frankreich und England sind einig und haben zusammen die Konferenz veranlaßt. Die Großmächte, eingeladen Theil zu nehmen, wurden einig, ausgenommen die Türkei, welche neutral bleiben wollte, und die Konferenz hält zur Stunde wahrscheinlich ihre erste Sitzung. Die Grundlage, auf welcher die Konferenz zusammentritt, ist Erhaltung des Status quo, also Wiederherstellung der Autorität des Khedive und des Sultans mit ihren respektiven Rechten, Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit Egyptens, wie sie durch die Tirmans geregelt sind, Achtung der internationalen Abmachungen und Verpflichtungen, unter denen auch die zwischen dem Khedive und Frankreich und England figuriren. Ich habe immer erklärt, daß wir niemals an Maßregeln theilnehmen, welche die Autonomie des Völkenthums schwächen könnten. Die Mächte sind einig geworden, dieses Programm anzunehmen, und von der Berathung jede andere Frage auszuschließen. So zerstreuen sich die Gerüchte über die Vornahme dieser oder jener Frage. Unter denen, die man angeführt hat, sind solche, die wir niemals aufzuerkennen gestattet hätten, weil sie essentiell französische sind und bleiben sollen. Außerdem haben die Mächte ein Uneingemüßigkeits-Protokoll unterzeichnet, wonach jede Macht es sich versagt, in den ägyptischen Ereignissen irgend einen territorialen oder andern Vortheil ohne Zustimmung der anderen Mächte für sich zu suchen. Ich kann also sagen, es giebt wenig Ereignisse, die unter so beruhigenden Auspizien für den Weltfrieden beginnen. Was die Instruktionen unseres Botschafters in Konstantinopel betrifft, so verpflichtet sie ihn, die Diskussions aller Mittel anzunehmen, die zur Erreichung des angestrebten Zieles, nämlich zur Sicherung des status quo, geeignet sind. Sie verbieten ihm, sich irgend einer Kombination anzuschließen, die hierzu ungeeignet schiene. Indem wir in die Konferenz eintreten, haben wir nichts von unserer Unabhängigkeit aufgegeben. Ich habe die feste Hoffnung, daß wir die Solidarität der Entschlüsse und Aktionsmittel annehmen können, welche die Konferenz vereinbaren wird. Würden aber Beschlüsse gefaßt, die mit unseren Interessen und unserer Würde unvereinbar, so würden wir unsere Freiheit zurückgewinnen, denn nach öffentlichen Rechte werden Konferenzbeschlüsse nicht mit Majorität, sondern einstimmig gefaßt. Doch ich schließe diese Eventualität aus, denn nach meiner festen Ueberzeugung wird die Eintracht bis ans Ende bestehen. Was Sprache und Haltung unserer Vertreter auf der Konferenz betrifft, so werden sie die sein, die man von Bevollmächtigten eines großen Landes wie Frankreich erwarten kann. (Großer Beifall; Niemand antwortet.)“

Die Antwort Freycinet's auf die Frage Kasimir Periers wurde von der großen Majorität der Kammer demonstrativ beklatscht, während eine Phrase aus der Rede Periers, worin die Möglichkeit einer militärischen Intervention Frankreichs ausgedrückt wird, energische Proteste seitens beinahe der gesammten Kammer hervorrief. Die Haltung der Pforte bezeichnete Freycinet mit der kurzen Phrase, daß dieselbe betreffs der Konferenz wünsche de se tenir à l'écart. Gambetta wohnte der Sitzung bei und es wurde bemerkt, daß er seine Zustimmung ausdrückte, als Perier die Konferenz als „faute“ erklärte.

Die Nachricht, daß trotz der bestimmten Versicherung Freycinet's die Konferenz sich am 22. d. Mits. noch nicht vereinigt hat, macht, wie der „Nat.-Ztg.“ aus Paris gestern telegraphirt wird, dort einen ungünstigen Eindruck. Es verdient auch bemerkt zu werden, daß am Donnerstag Abend die Börse es entschieden ablehnte, der so sehr optimistischen Erklärung des Ministers Vertrauen zu schenken. Auffallend erscheinen uns ferner, daß Freycinet nach wie vor die völlige Uebereinstimmung Englands und Frankreichs, sowie der übrigen Großmächte betont, während der englische Unterstaatssekretär Dilke die Bildung des neuen ägyptischen Cabinets, das von England nicht anerkannt werde, auf die Einwirkung des deutschen und des österreichischen Konsuls zurückführt.

Die meisten pariser Abendblätter vom 22. d. stehen unter dem Eindrucke der verschiedenen an diesem Tage früh verbreiteten Nachrichten und ergeben sich in Ausfällen gegen England,

das Frankreich im Stiche gelassen und ein Separatabkommen mit der Pforte geschlossen habe. Von allen Abendblättern enthält nur der „Temps“ einen genauen Bericht über die Kammer Sitzung vom Donnerstag und die Erklärungen des Konseilspräsidenten, dessen etwas zu sehr optimistische Auffassung der Situation hoffentlich durch die Ereignisse kein Dementi erhalten wird. Eine offiziöse Note der „Agence Havas“ in der Form eines berliner Telegramms lautet dahin, daß Fürst Bismarck dem türkischen Botschafter als Antwort auf die letzte Protestnote entschieden erklärt habe, daß er nicht der Ansicht wäre, die Berathung der Mächte aufzuschieben.

Der Finanzminister Léon Say weist gegenwärtig in Bordeaux zum Besuche der dort eröffneten Ausstellung. Auf einem ihm zu Ehren gegebenen Banket sagte er u. A.:

Zwischen meinen politischen und meinen wirtschaftlichen Ideen besteht ein enger Band. Die Politik kann nur dann fruchtbar sein, wenn sie sich auf die Volkswirtschaft stützt. Diese Wahrheit ist nirgends besser begriffen worden, als hier in der Girone, wo man immer nur von den freirechtlichen Prinzipien den Aufschwung des Handels erwartet hat. Ich erinnere mich mit innerer Bewegung, daß ich hier im Jahre 1871 zum ersten Male in eine politische Versammlung eingetreten bin. Unserer Beharrlichkeit und Ausdauer ist es gelungen, eine Regierung zu gründen, welche, wie ich überzeugt bin, die Größe unseres Landes sichern wird. Die Tage, da wir vereint kämpften, sind noch nicht vergessen und die Geschichte wird den Männern Gerechtigkeit widerfahren lassen, die allen Hindernissen zum Trotz ohne Unterlaß für die Errichtung der Republik gerungen haben.

Das Gerücht, daß England sich durch einen besonderen Vertrag, der am letzten Freitag in London zwischen Lord Granville und dem türkischen Botschafter Musurus Pascha abgeschlossen worden sei, für gewisse Fälle die Besetzung des Suezkanals gesichert habe, erhält sich. Falls es begründet ist, so wird England in der Konferenz lieber die türkischen, als die französischen „Interessen“ unterstützen. Die „République française“ meint, daß, falls Palmerston auferstehen könnte, er sein „Old Britannia“ nach den Megeleien von Alexandrien nicht wieder erkennen würde. Allerdings, wenn England noch einen Palmerston hätte, würde es sich erstens nicht mit der Türkei entzweit haben, wie es Gladstone that, und zweitens nie geduldet haben, daß „Old Britannia“ mit Frankreich gemeinschaftliche Sache in Egypten mache, wo die beiden Mächte Nebenbuhler sind. Und England hat dadurch, daß es sich so weit mit Frankreich eingelassen, sich alle übrigen Mächte entfremdet. Das Gerücht, daß Gladstone sich im Geheimen mit dem Sultan abfinden wolle, so unwahrscheinlich es klingt, ist dennoch sehr möglich. Für Frankreichs jegige Isolirung trägt die Schuld allein Gambetta, der auf England zählen zu können glaubte, weil er eines Tages beim Prinzen von Wales gefrühstückt und weil Sir Charles Dilke, als er noch nicht Minister war, den Tischreden Gambettas zulächelte, daß Frankreich und England mit Rußland zusammengehen und dem übrigen Europa die Spitze bieten müßten. Was damals zwischen Gambetta einerseits und Sir Charles Dilke und Konjorten andererseits spielte, ist längst kein Geheimniß mehr, und es ist vollkommen begründet, daß die Engländer, namentlich Gladstone, sehr russisch, also antitürkisch gesinnt und fröhlich auf die Pläne Gambettas eingegangen waren. Man hielt Gambetta in London — und dies beweist, wie weitblickend die heutigen Staatsmänner Englands sind — für allmächtig und glaubte, mit ihm gehen zu können. Nachdem es den Irrthum eingesehen, sucht sich England von der französischen Allianz auf anständige Weise loszumachen.

Es ist heute der siebente Tag, schreibt der Korrespondent der „Presse“ unterm 18. d. aus Petersburg, seit der Ernennung Tolstoj's zum Minister des Innern und man spricht bereits von einer Absicht, zu demissioniren. Auf der Börse wurde gestern dieses Gerücht ganz ernsthaft besprochen. Motive wurden vielerlei angegeben, unter Anderem wollte man wissen, der Zar habe die Absicht, Trepow die Leitung des neu zu bildenden Polizei-Ministeriums zu übertragen. Tolstoj und Trepow konnten sich aber niemals verpflichten und jetzt will nun Tolstoj nicht im Amte bleiben, wenn Polizei und Zensur unter seinem Gegner stehen. Andererseits behauptet man, Tolstoj könne keine Gehilfen finden; niemand will einen Theil der Verantwortung für die von ihm zu erwartenden Maßregeln übernehmen. Auch habe das unumwundene Frohlocken der „Moskowskija Wjedomosti“, deren Angriffe gegen alle früheren Regime, selbst gegen den Zaren Alexander II., die öffentliche Meinung stark vor den Kopf gestoßen und von vornherein die ohnehin für Tolstoj schlecht disponirte Provinz gegen ihn eingenommen. Unter diesen Umständen würde es nicht gar nicht verwundern, wenn meine vor sechs Tagen ausgesprochene Vermuthung von der nicht langen Dauer des Ministeriums Tolstoj früher in Erfüllung gehen sollte, als ich meinte.

Egyptens Zukunft soll in einer Konferenz berathen werden, diese Konferenz soll in Konstantinopel tagen, und die Türkei, die nächst interessirte Schutzmacht Egyptens, gedenkt an den Berathungen der Konferenz gar nicht theilzunehmen. Was soll nun eigentlich dabei herauskommen? — das ist die Frage,

welche man allgemein aufwerfen hört. Der gesunde Menschenverstand sagt jedem, daß eine solche Konferenz in der Luft schwebt und gar keinen Zweck hat, ja man möchte sogar behaupten, daß durch eine solche Farce das Schicksal der in Egypten lebenden Europäer noch mehr gefährdet wird als bisher, denn die Konferenz wird sich sammt ihren Beschlüssen lächerlich machen, und die Islamiten lachen bereits darüber, weil der Sultan es unter seiner Würde hält, mitzukonferieren, aber — aber — nun, etwas soll eben geschehen, und wo ein Kongress nicht zu Stande kommt, da stellt die Konferenz sich ein zur rechten Zeit. Zeit gewonnen, Alles gewonnen. Die Türkei zeigt inzwischen eine sehr selbstbewusste Haltung, die sich England und Frankreich gegenüber zur Dreistigkeit steigert. Italien, selbst Spanien und Griechenland wollen nebenher noch mitsprechen, und so drängt denn Alles auf eine Beschränkung des englisch-französischen Einflusses hin. Es ist nicht schwer, den Schlüssel für das Räthsel der Demüthigung Englands und Frankreichs in der Haltung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu sehen; letztere treiben türkenfreundliche Politik, und da die europäische und diplomatische Macht die deutsch-österreichische Allianz als politische Führerin anerkennt, so müssen England und Frankreich sich fügen. Rußland hat sich ebenfalls nicht in eine türkenfeindliche Position drängen lassen. Unter diesen Umständen feiert die hohe Pforte in Egypten einen Triumph; gestützt von Deutschland und Oesterreich, in Ruhe gelassen von Rußland, ist der kranke Mann am goldenen Horn auf einmal ein gesunder Junge. Fürst Bismarck mag wohl den Franzosen und Engländern einmal deutlich haben zeigen wollen, daß sie allein im Orient nichts mehr ausrichten vermögen und daß sie ohne Deutschland und Oesterreich in große Verlegenheiten gerathen, und in dieser bitteren Lehre läge für die Westmächte eine Mahnung zu gu'em Einvernehmen mit Deutschland, also eine friedensfreundliche Tendenz. Aber leider liegt in der Natur der Orientalen die Sinnigkeit zur Uebertreibung, zum Hochmuth, wo sie irgend eine Schwäche zu bemerken glauben. An der Haltung Arabi Bey's, am Uebermuth der Egyptianer und Türken erkennt man, daß sie für die richtige Situation kein Verständniß haben, sondern sich bereits wieder als „die Herren“ der Situation betrachten. Das ist eben die natürliche Rehrseite der Medaille. (Vergl. die Berliner C. = Korrespondenz.)

Der letzte Protest der Pforte gegen die Bot-fchafterkonferenz zur Regelung der ägyptischen Frage hat, wie die „Nat. Ztg.“ schreibt, doch eine größere Wirkung erzielt, als die offiziellen Organe in Frankreich und England zuerst zugeben wollten. Die Konferenz ist thatsächlich am 22. nicht zusammengetreten, während der französische Konseilspräsident in der Deputirtenkammer ausdrücklich erklärte, daß die erste Sitzung stattgefunden habe. Unter diesen Umständen muß auch die Versicherung Freycinet's mit großer Vorsicht aufgenommen werden, daß er volles Vertrauen auf ein günstiges Resultat der Konferenz hege.

### Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 23. Juni. [Die Steuer-Reform. Egypten.] Es ist höchst unwahrscheinlich, daß ein gestern in der „Post“ erschienener Artikel über die Steuer-Reform, welcher ein sehr viel beiderseitiges Programm für diese aufstellte, als der Reichskanzler noch in seinen letzten Neben, wirklich, wie heute mehrfach in der Presse angenommen wird, eine entsprechende Einschränkung der Bismarck'schen Projekte ankündigen sollte. Die Freikonservativen, insbesondere ihr Finanzpolitiker im Abgeordnetenhause, Herr von Zebly hat auch früher schon die Ausdehnung der sogenannten Reformprojekte bekämpft und von einer Beschränkung derselben die Erhöhung der Chancen ihrer Durchführbarkeit prophezeit. Das Erscheinen eines neuen Artikels dieses Inhalts in dem freikonservativen Blatte ist daher ein sehr schwacher Anhalt für jene Vermuthung, während im Uebrigen jedes Anzeichen, das sie bestätigen könnte, fehlt, wohl aber die offiziöse Absage an Herrn von Bennigsen direkt im entgegengesetzten Sinne zu deuten ist: wenn Fürst Bismarck von wesentlichen Punkten seines erst vor kürzester Zeit im Reichstage entwickelten Programms abgehen wollte, dann hätte er nicht das Anerbieten des Führers der Nationalliberalen, einen Theil der Reform unterstützen zu wollen, schroff abweisen lassen, selbst wenn er so weit, wie Herr von Bennigsen es vorschlug, in der Einschränkung des letzten Regierungsprogramms nicht gehen wollte; es wäre dann erst ein Versuch, in der Mitte des Weges zusammenzutreffen, gemacht worden. Von dem Gesichtspunkt aus, den der Kanzler verfolgt, bedeutet die Einschränkung der Reformprojekte auch keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Chancen; denn die Hoffnung, welche gehegt wird, geht dahin, durch die Häufung und die Größe der Versprechungen — oder, um uns nach dem Wunsche des Kanzlers auszudrücken, der aufgestellten Ziele — die Zahl der Anhänger zu vergrößern. Eine neue Veränderung der Reformprojekte ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, aber es ist zu bezweifeln, daß sie in der Richtung einer wesentlichen Beschränkung des Regierungsprogramms erfolgt. Eine solche wird man auch schon darum nicht im Interesse des letzteren erachten, weil allem Anschein nach die Frage der Deckung der durch Erlasse, Ueberweisungen und neue Verwendungen entstehenden Ausfälle vorberhand offen bleiben, die Agitation diesmal nur auf den für populär gehaltenen Theil der „Reform“ beschränkt werden soll — in welchem Falle es auf das Mehr oder Weniger der „Ziele“ ja erst recht nicht ankommt. — Die ägyptische Angelegenheit wird von Beurtheilern, welche sich durch die telegraphischen Vertuschungs-Bemühungen nicht beirren lassen, keineswegs leicht genommen, vielmehr die Möglichkeit, wenn auch nicht Nothwendigkeit, ernstlicher europäischer Verwickelungen betont. Man weist darauf hin, daß das englische Kabinet allzu greifbare Interessen in dem Lande, durch welches die große Straße nach Indien geht,

zu wahren hat, als daß es sich mit Versprechungen des ihm abgeneigten Sultans oder gar des ihm todtfeindlichen Arabi Pascha beruhigen lassen; und man glaubt, daß die englische Regierung nur den Augenblick, sei es der vollständigen Entfernung der Europäer aus Egypten, sei es der Ansammlung einer größeren Macht vor Alexandrien abwarte, um allein oder mit Frankreich, dem England vermöge der feindlichen Haltung des Sultans gegen das englische Interesse jetzt näher gebracht ist, als beim Beginn der Verwicklung, vorzugehen. Wenigstens hat es, nach der Ansicht auch fast aller Engländer, nur die Wahl zwischen einer solchen Politik der Wahrung der englischen Interessen auf eigene Faust und einer außerordentlichen moralischen und sachlichen Niederlage. Man ist nicht allseitig überzeugt, daß in dieser Situation für den „ehrlichen Makler“ die Möglichkeit einer erfolgreichen Einwirkung vorhanden sei.

Paris, 20. Juni. [Das Ehescheidungs-gesetz. Die „République“ gegen die Regierung.] Das Ehescheidungs-gesetz hat noch die Zustimmung des Senates nötig, bevor es Gesetz wird. Die klerikalen Blätter sind deshalb eifrig bemüht, die Senatoren auffässig zu machen. „Nicht genug, daß die Republik unsere Altäre zu besudeln droht, sie besetzt auch unser Heim; aber sie mag sich hüten! Das christliche Frankreich hat den alten Wahlspruch noch nicht vergessen: Pro aris et focis! „Univiers“ sieht eine Unmasse von Schwierigkeiten bei Ausführung des Gesetzes vorher und fragt: „Was wird der Senat aus diesem unverdaulichen Gesetze machen?“ Die Klerikalen bauen dabei auf die Gambettisten, die zwar nicht ihre Freunde sind, aber sich eifrig bemühen, die jetzige Regierung, die jetzige Mehrheit und die jetzige Republik möglichst in Mißkredit zu bringen. Die „République“ ruft heute offen zum Aufstande auf: „In andern Zeiten“, schreibt sie, „hätte sich ohne Zweifel das ganze patriotische und liberale Frankreich bei dieser heillosen Nachricht von der Wiederbesetzung Egyptens durch die Türken und von der Schmälerung, wo nicht von der vollständigen und endgiltigen Vernichtung des französischen Einflusses im Orient erhoben.“ Und nun folgt ein Schwall von Beschuldigungen, in denen Frankreich als elende, heruntergekommene Macht hingestellt und der Tag der Rache angekündigt wird. Dieses Geschrei ist heute wenig gefährlich, man soll aber nicht vergessen, daß Frankreichs Boden augenblicklich mehr als seit Jahren unterwühlt wird: hier von den Ultramontanen, dort von den Kommunarern, hier von den Royalisten, dort von den Gambettisten. Im Vergleich zu dem Gambetta vom Juni 1882 ist Rochefort ein konservativer Politiker.

London, 20. Juni. Der Irlander Thomas Walsh, in dessen Remise in Clerkenwell die am Sonnabend von der Polizei beschlagnahmten Waffenvorräthe gefunden wurden, hatte gestern vor dem Polizeigericht in Bow-street sein erstes Verhör zu bestehen. Die Anklage bezieht ihn des unbefugten und betrügerischen Handels mit Waffen, welche, wie man glaubt, Staatseigentum sind. Im Laufe der Verhandlung wurde konstatiert, daß die sämmtlichen Gewehre größtentheils den Regierungs-Arsenalen gestohlen worden. Andererseits wird behauptet, daß die Regierung vor geraumer Zeit eine große Quantität überflüssiger Gewehre, die in Regierungsfabriken angefertigt worden, verkaufte. Der Rechtsbeistand des Angeklagten erklärte, sein Klient könne sich über den Besitz der Waffen genügend ausweisen, worauf, wie schon telegraphisch gemeldet worden, die Verhandlung um eine Wiche vertagt, Walsh aber in Untersuchungshaft behalten wurde.

### Locales und Provinzielles.

Fosen, den 24. Juni.

d. Ueber das Vertheidigungssystem der Polen bringt der „Diennil Poin.“ einen Artikel, in welchem er besonders den von ihm schon öfter erörterten Vorschlag eines von der polnischen Fraktion im Reichstage wie im Abgeordnetenhause zu stellenden General-Antrages bespricht. Danach soll die polnische Fraktion sich nicht mit dem Geplänkel bei Gelegenheit der Berathung der einzelnen Etats begnügen, sondern vielmehr in der Weise vorgehen, daß sie einen „General-Antrag“ stelle, in welchem alle Forderungen der Polen enthalten sind. Der „Diennil“ gefeht zwar selbst zu, daß durch einen derartigen Antrag nicht sofort Konzeffionen erreicht werden würden, meint aber, derselbe werde Gelegenheit geben, sämtliche Beschwerden und Bedürfnisse der Polen in eine organische Gesamtheit zusammenzufassen und die Gesamtheit der den Polen international und konstitutionell gebührenden politischen und nationalen Rechte auszusprechen. Man müsse den Beweis geben, daß man noch lebe, daß man nicht nur den gelegentlichen parlamentarischen Parteigängerkrieg führe, sondern den Akt des Vorhandenseins Polens innerhalb der Grenzen des preussischen Staates konstatire und nicht gestatte, daß die Rechte der Polen verjähren. — Es würde danach also ein derartiger „General-Antrag“ zunächst gar keine praktische, sondern nur eine „akademische“ Bedeutung haben sollen!

r. Für das hiesige polnische Theater sind zur Bildung eines eisernen Fonds bis jetzt 6000 Mark beigetragen worden. Der „Diennil Poin.“ berechnet, daß ca. 10,000 Personen diese Beiträge aufgebracht haben, während ursprünglich angenommen worden war, daß jeder Pole 10 Pf. beisteuern solle. Von den Städten haben sich am meisten hervorgethan Posen und Thorn, ferner Benschen und Bromberg. Aus einzelnen Kreisen unserer Provinz dagegen, in denen das Polenthum überwiegt, sind nur sehr geringe Beiträge eingegangen. Die polnischen Gütsbesitzer haben viel beigetragen, die polnischen Bauern dagegen, deren Deputirte sich beim Besuch des polnischen Theaters in Posen stets sehr gut amüsirt haben, fast gar nichts. Die städtische Verwaltung von Krafau wird 100 Gulden, d. h. 170 M. überenden. — Es scheint, als wenn mehr als 10—15,000 M. nicht zusammenkommen würden. Mit den Zinsen davon, = 500 bis 750 M. jährlich, ist nicht viel zu subventioniren. Gätte, wie der „Diennil“ erwartet hatte, jeder Pole 10 Pf. beigetragen, so hätte das einen Ertrag von mindestens einer Million Mark gegeben!

— Bekanntmachung betr. Postaufträge im Verkehr mit Frankreich. Vom 1. Juli ab können den Postaufträgen im Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich auch solche Papiere beigelegt werden, welche mangels Zahlung durch Vermittelung der Bestimmungspostanstalt zur Aufnahme des Postes weiter gegeben werden sollen. Der Absender hat in solchem Falle auf der Rückseite des Postauftrags-Formulars den Vermerk: „Sofort zum Post“ oder „à protester“ niederzuschreiben, auch ebendasselbst unter Signatur von Datum und Namens-Unterschrift zu vermerken, „daß er sich verpflichte, den etwaigen Betrag der

Protektkosten nach erfolgter unmittelbarer Auforderung an den Berechtigten gelangen zu lassen. Die Namhaftmachung einer bestimmten, mit der Aufnahme des Postes zu betrauenen Person ist statthalt, aber nicht erforderlich. Eintretendenfalls ist für solchen Vermerk vom Absender ebenfalls die Rückseite des Postauftrags-Formulars zu benutzen.

Berlin W., den 16. Juni 1882.  
Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.  
Stephan.

§ Etablissement „Neue Welt“. Zu den bereits seit Dezennien oder seit einigen Jahren bestehenden größeren Gartenetablissemments vor dem Königs- und dem Berliner Thore: Reichsgarten, alter Bahnhofs-garten (welcher i. J. 1848 angelegt wurde), Schweiggarten, Bartholdshof und Feldschloßgarten, ist in diesem Jahre noch das Etablissement „Neue Welt“ hinzugegetreten. Man erkennt an dieser Anlage so recht, wie reich bei vielleicht ungünstigen Bodenverhältnissen, aber sorgfältiger Pflege auch in unserer Gegend Bäume empowachsen. Der große Garten des Etablissements, wohl einer der größten in unserer Stadt und deren Umgegend, wurde im Jahre 1872 von dem Bauereibesitzer Hoffmann angelegt, nachdem der früher demselben gehörige Feldschloßgarten in den Besitz einer Aktiengesellschaft übergegangen war; in derselben Zeit ist auch die statliche Villa im hinteren Theile des Gartens errichtet worden. Im vorigen Jahre ging die Villa nebst Garten zc. in den Besitz des Kaufmanns Gehlen über, und Garten nebst dem unteren Geschoffe der Villa sind an Herrn Bretsch verpachtet worden, welcher dort das Etablissement „Neue Welt“ angelegt hat. Die zahlreichen Bäume in dem Garten sind seit dem Jahre 1872 derartig herangewachsen, daß sie den kühlendsten Schatten spenden; auch verleihen die Nasenläche mit den auf denselben gepflanzten Rosenstöcken und sonstigen Blumen dem Garten einen besonderen Reiz. Bei Regenwetter findet selbst ein zahlreiches Publikum in der neu errichteten Kolonnade, sowie in den schönen Parterre-Räumen der Villa Unterkommen. Das Etablissement erfreut sich, besonders bei den von dem strebsamen Inhaber, Herrn Bretsch, veranstalteten Sommerfesten, stets eines sehr zahlreichen Besuches.

r. Witterung. Nachdem es seit dem 8. d. M. (dem Medardus-tage) zwei Wochen lang fast Tag für Tag, außer vorigen Sonnabend und Sonntag, geregnet und dabei die Temperatur sich bedeutend abgekühlt hatte, haben wir seit gestern das schönste Wetter. Gestern Nachmittags stieg die Temperatur auf 28 Grad R. in der Sonne.

r. Ein kleiner Brand fand am 22. d. M. bei einem Kaufmann im Hause Wallischei 37 statt. In dem Hause befindet sich dort nemlich ein in die Wand eingelassenes Spind, in welchem verschiedene Sachen, Rifen zc., auch ein kleines Faß Spiritus aufbewahrt war. Der Haushälter des Kaufmanns wollte nun Nachmittags aus dem Faße Spiritus entnehmen und bediente sich dabei, da es dort dunkel ist, eines Lichtes, welches sich jedoch nicht in einer Laterne befand. Als nun der Spiritus aus dem Faße in die untergestellte Kanne lief kam der Haushälter mit dem Lichte dem Spiritus zu nahe, und sofort stand dieser in Brand. Der Haushälter warf Kanne und Licht hin, und machte Lärm. Das Geschäftspersonal des Kaufmanns, sowie einige Leute aus dem Hause eilten hinzu, und warfen Sand und nasse Säcke auf den brennenden Spiritus, entfernten auch sofort das Spiritusfaß, so daß der Brand rasch gelöscht und alle Gefahr beseitigt wurde.

r. Ueberfahren wurde gestern Vormittags ein Dienstmädchen an der Ecke der Wronker- und Krämerstraße durch ein von einem Husaren gelenktes Fuhrwerk; die Räder gingen dem Mädchen über die linke Schulter und den linken Arm, ohne indeß erhebliche Verletzungen zu verurachen. Die Schuld trifft den Führer des Fuhrwerks, da derselbe im schärfsten Trabe durch die Straße dahinjagte, so daß das von der Krämerstraße kommende Mädchen nicht ausweichen vermochte, von den Pferden umgestoßen wurde, und so unter den Wagen gerieth.

r. Diebstähle. Einer Dame, welche in einer hiesigen Apotheke ihr Portemonnaie auf den Labentisch gelegt hatte, ist es von dort durch eine andere Person, welche in die Apotheke getreten war, um etwas zu kaufen, unbemerkt gestohlen worden. — Verhaftet wurde ein Bureau-dienner, welcher seinem hiesigen, einem hiesigen Ingenieur, 100 M. unterschlagen und Zigaretten im Werthe von 3 Mark entwendet hat. — Verhaftet wurden gestern vier Kraken, welche vor einigen Tagen aus dem zoologischen Garten 6 Kaninchen und ein Bund Schlüssel entwendet haben.

d. In Bül hat die Stadtverordnetenversammlung, welche aus 6 Polen und 3 Deutschen besteht, Herrn Koll, welcher bisher bei der hiesigen Polizeidirektion angestellt war, zum Bürgermeister gewählt. Da Herr Koll ein Deutscher ist, so macht der „Diennil Poin.“ der Stadtverordnetenversammlung einen schweren Vorwurf daraus, daß sie keinen Polen gewählt habe. Jedenfalls ist es den Stadtverordneten nur darauf angekommen, einen tüchtigen Mann, ganz gleich, ob derselbe ein Deutscher oder ein Pole sei, zu ihrem Bürgermeister zu wählen!

g. Rawitsch, 22. Juni. Augenkrankheiten. Urlaub. Ferien.] Bei dem gestern beendigten diesjährigen Ober-Ertraggeschäft ist eine nicht unbedeutende Anzahl junger Leute mit der sogenannten egyptischen (granulösen) Augenkrankheit behaftet gefunden worden, die bei einzelnen bereits einen solchen Grad erreicht hatte, daß eine Heilung kaum noch möglich ist, trotzdem die Krankheit sehr leicht beseitigt werden kann, wenn rechtzeitig ein Arzt zu Rathe gezogen wird. Man sieht, wie saumelig gewisse Volksklassen in dieser Beziehung sind. — Am vorgestrigen Tage hat der Kreis-Schulinspektor Wenzel hier einen sechswochentlichen Urlaub angetreten und wird während dieser Zeit vom Herrn Seminar-Direktor Laszkowski hieselbst vertreten. — In den seiner Aufsicht unterstellten Schulen beginnen die Sommerferien am 24. Juli und enden am 12. August.

### Wollmarkt.

Güstrow, 23. Juni. Die Zufuhr betrug 1250 Ztr., das Schur-gewicht war etwas geringer als im vorigen Jahre. Die Wäshen waren durchschnittlich sehr gut, das Geschäft bewegte sich anfangs schleppend, wurde aber dann belebter. Um Mittag waren bereits sieben Ahtel des gesammten Marktes verkauft. Die Preise beliefen sich auf 155—170, vereinzelt auch bis zu 180 Mk.

### Telegraphische Nachrichten.

ems, 23. Juni. Se. Majestät der Kaiser machte heute früh die gewohnte Brunnenpromenade. Zum gestrigen Diner bei Sr. Majestät waren der Fürst von Sayn-Wittgenstein-Sayn, Prinz Hermann von Solms-Braunsfels, der Oberpräsident von Hessen-Nassau, Graf zu Eulenburg, der Schloßhauptmann Frhr. v. Freng und der Oberlieutenant Queger geladen. Abends wohnte der Kaiser der Theatervorstellung bei.

Marseille, 23. Juni. Die Häfen von Brest und Cherbourg haben Befehl erhalten, die Panzerschiffe „Jeanne d'Arc“, „Baleureuse“, „Flandre“, „Surveillante“ und „Rine Blanche“ seefertig zu machen. Aus verschiedenen nördlichen Häfen wurden circa 1300 Seefleute nach Toulon beordert. Die auf Urlaub befindlichen Seeoffiziere sind telegraphisch zurückberufen worden. Das Evolutionsgeschwader liegt auf der Rhebe von Toulon fortbauernd seebereit. Im Arsenal stehen weitere Panzerschiffe und Kreuzer disponibel.

London, 23. Juni. [Unterhaus.] In Beantwortung



Produkten-Börse.

Berlin, 23. Juni. Wind: S.O. Wetter: Schön. Weil gestern die prachtvolle Witterung den erwarteten, verflauenden Eindruck nicht hervorgebracht hatte, so glaubte man heute die Fortsetzung der gestrigen Besserung erwarten zu dürfen, aber der Markt war nur bei feinem Beginn fest.

Lofo-Weizen behauptete seiner Werth. Der Terminhandel verlief äußerst still. Die Kurse wurden anfänglich mehr höher gesprochen, als praktisch angelegt - aber ebenso ging es hernach mit den niedrigeren Notierungen, welche übrigens kaum anders als gestern schloffen.

Lofo-Roggen schwach angeboten, erzielte höhere Preise. Im Terminverfehr gab es anfänglich höhere Gebote, aber sie hielten nicht lange vor. Die Offerten, theils in Realisation, theils fortgesetzte Baiffe-Spekulationen, erlangten das Uebergewicht, weshalb die Kurse schnell ins Weichen gerieten und wenig verändert gegen gestern schloffen; nur nahe Sicht hatte noch eine Erhöhung aufzuweisen, weil ein Theil der per Mai abgenommenen Waare in andere Hände - zur Vermahlung - übergegangen ist. Der Deport wurde dadurch wieder merklich größer.

Lofo-Safer matt. Termine behauptet. Roggenmehl höher mit matterem Schluß. Mais still.

Rüöl wenig befeh und schwach preisbehaltend. Petroleum behauptet.

Spiritus in effektiver Waare merklich theurer, erfreute sich auch auf Termine ziemlich reger Frage und durchgängiger Besserung, welche sich schließlich aber nur für laufende Sicht ganz zu behaupten vermochte.

Weizen per 1000 Kilo lofo 198-228 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anm. - bezahl. weißer polnischer - M. ab Bahn

bez., per Juni 208 bez., per Juni-Juli 208 bez., per Juli-August 204-203 1/2 Mark bezahl., per August-September - M. bez., per September-Oktober 202-201 1/2 bez., Oktober-November 202-201 Mark bezahl. - Gefündigt 10,000 Zentner. - Regulirungspreis 208 1/2 M. - Roggen per 1000 Kilo lofo 146 bis 160 M. nach Qualität gefordert, inländischer 151-156 M. ab Bahn bezahl., feiner do. - M. ab Bahn bezahl., def. polnischer 146-151 1/2 Mark ab Bahn bezahl., russischer 146-151 1/2 Mark ab B. bezahl., per Juni 149 1/2 bis 150 1/2 bis 149 1/2 M. bezahl., per Juni-Juli 149 1/2-150-149 M. bezahl., per Juli-August 148-148 1/2-147 Mark bezahl., per August-September - Mark bezahl., per September-Oktober 146 1/2-146 1/2-145 1/2 Mark bezahl., per Oktober-November 146-145-145 1/2 Mark bezahl. - Gefündigt 4000 Zentner. Regulirungspreis 150 Mark. - Gerste per 1000 Kilogramm lofo 120-190 Mark nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo lofo 125 bis 147 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 126 bis 144 M. bezahl., ost- und westpreussischer 134 bis 145 M. bezahl., pommerischer und Udermärter 144 bis 147 Mark bezahl., schlesischer 130 bis 143 Mark bez., f. do. 154-157 M. bezahl., böhmischer 130 bis 143 bez., fein weiß medlenburgischer - Mark ab Bahn bezahl., per Juni 136 Mark bez., per Juni-Juli 135 1/2 Mark bezahl., per Juli-August 135 1/2 Mark bezahl., per August-September - Mark bezahl., per September-Oktober 133 1/2 Mark bez. - Gefündigt 1000 Zentner. - Regulirungspreis 135 1/2 Mark. - Erbsen per 100 Kilo Kochwaare 155 bis 190 M., Futterwaare 133-153 M. - Mais per 1000 Kilo lofo 148-158 M. nach Qualität gefordert, per Juni 146 1/2 M. bez., per Juni-Juli 144 M., per Juli-August 143 bez., per September-Oktober 139 1/2 M. - Gefündigt - Zentner. - Regulirungspreis - Mark. - Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 0/0: 20,50 bis 29,50 Mark, 0/1: 29,0 bis 28,00 M., 0/1: 27,50 bis 26,50 Mark. - Roggenmehl

mehl inkl. Sack 0: 22,50 bis 21,50 Mark, 0/1: 21,25 bis 20,25 Mark, per Juni 21,15-21,05 M. bezahl., per Juni-Juli 21,00-20,85 bez., per Juli-August 20,75 bis 20,65 bezahl., per August-September - bezahl., per September-Oktober 20,55 bis 20,40 bez., per Oktober-November 20,35-20,25 Mark bez. - Gefündigt 500 Ztr. - Regulirungspreis 21,10 Mark. - Deliaat per 1000 Kilo - M., Winter-raps - M., Winterrüben per Juli-August 245 bis 250 M. - Rüöl per 100 Kilo ohne Faß: 58,0 Mark, lofo mit Faß 59,0 Mark, per Juni 58,5 Mark bezahl., per Juni-Juli 58,0 M. bez., per Juli-August - Mark bezahl., per September-Oktober 56,9 M. bezahl., per Oktober-November 56,7 M. bezahl., per November-Dezember 56,5 Mark bezahl. Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - Mark. - Leinöl per 100 Kilo lofo - Mark. - Petroleum per 100 Kilo lofo 23,5 M., per Juni 23,0 Mark, per Juni-Juli - Mark, per September-Oktober 23,0 M., per Oktober-November 23,5 Mark, per November-Dezember - bezahl. - Gefündigt - Zentner. - Regulirungspreis - M. - Spiritus per 100 Liter lofo ohne Faß 46,2-46,1-46,2 bezahl., mit Faß - M. bezahl., per Juni 46,4 bis 46,6 bis 46,5 Mark bezahl., per Juni-Juli 46,4-46,6-46,5 Mark bez., per Juli-August 46,5-46,8-46,6 Mark bezahl., per August-September 47,2-47,5-47,2 Mark bezahl., per September-Oktober 47,7 bis 48,0 bis 47,7 Mark bez., per Oktober-November 47,3-47,5-47,3 M. bez., per November-Dezember 47,1-47,3-47,1 M. bez. - Gefündigt 10,000 Liter. - Regulirungspreis 46,5 M. (B. B. 3.)

Berlin, 23. Juni. Die Spekulation scheint denn doch nun erkannt zu haben, daß sie sich gestern einer ganz unbegründeten Ueberstürzung hingeeben hat und man bemühte sich demzufolge, die gestrigen Rückgänge wenigstens in etwas wieder auszugleichen. Anfänglich herrschte zwar noch eine ziemlich matte Tendenz, die in der Devisen des W. T. D. aus Marseille auch Nahrung zu finden schien, es griff aber bald nach Beginn des offiziellen Verkehrs eine recht feste Haltung Platz, zumal von der Pariser Börse wesentlich bessere Nachrichten vorlagen. Ausschlag gebende politische Ereignisse waren nicht gemeldet, und es läßt sich zur Zeit überhaupt nicht absehen, welchen Verlauf die ägyptische Angelegenheit nehmen könnte; es gewinnt aber

die Anschauung wieder an Boden, daß ein genügender Grund sich um jeden Preis des Effektenbesizers zu entledigen, in derselben durchaus nicht geboten ist. Die Contremine hielt aber auch heut noch mit großer Zähigkeit ihre Position aufrecht und hatte es mit Dedungsläufen nicht gerade eilig. Die Entwicklung, welche das Geschäft nun noch bis zum Ultimo nehmen wird, dürfte daher nicht ohne Interesse sein. Wie man allgemein annimmt, sind in den letzten Tagen umfangreiche Blankoabgaben in allen Spekulationsdevisen gemacht, und es würde der Waiffe-Partei, vorausgesetzt, daß nicht politische Zwischenfälle noch eintreten, schwer werden, das benötigte Material anzuschaffen. Oesterreichische Kreditaktien, Diskonto-Kommandit-Antheile,

Marienburg, Dispreußen und besonders Laura-Aktien waren heute die Hauptpapiere und gingen sie alle mit einer mehrprozentigen Courst-Steigerung aus dem heutigen Verfehr hervor. Auf allen anderen Gebieten blieb der geschäftliche Verfehr innerhalb der engsten Grenzen. - Per Ultimo notiren: Franzosen 537-536-540,50, Lombarden 232 bis 230,50-232,50, Kredit-Aktien 528-526,50-532,50, Darmstädter Bank 156-158, Diskonto-Kommandit-Antheile 201,70-203,75, Deutsche Bank 150,30-150,25-151,50, Dortmunder Union 92,25 bis 92,75, Laurahütte 120,40-121,90. Der Schluß war sehr fest. - Privatdiskont - pCt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 23. Juni 1882.

Oesterreichische Fonds- u. Wechsel-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Oest. Anl., Staats-Anleihe), values, and other financial data.

Ausländische Fonds.

Table with columns for foreign bonds (e.g., Amerik. gef. 1881, Russ. Centr.-Bd.), values, and other financial data.

Bank- u. Kreditaktien.

Table with columns for bank and credit stocks (e.g., Oest. Anl., Deutsche Bank, Dresdner Bank), values, and other financial data.

Eisenbahn- u. Gewerkschaften.

Table with columns for railway and industrial stocks (e.g., Oest. Anl., Norddeutsche, Rheinische), values, and other financial data.

Disconto-Kommandit-Antheile.

Table with columns for discount shares (e.g., Oest. Anl., Diskont.), values, and other financial data.

Oesterreichische Prioritäten.

Table with columns for Austrian preference shares (e.g., Oest. Anl., Prioritäten), values, and other financial data.